

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 25. 31. Jahrg.

21. Juni 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Rateslog Nr. 2673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Dominick, Berlin N 24, Elagierstr. 86-88 III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4269. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkendamm, Auguststr. 8-9.

Insertion. Für die viereckige Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in Deutschland. II. Rundschau. Einfach verständlich! Aufrechterhaltung von Lebens- und Krankenversicherungen. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine. — **Allgemeines:** Die Rechnung stimmt nicht! Einschränkung des lithographischen Arbeitsgebietes, Berufsgefahren und Kriegsernährung. — **Die photographischen Fächer:** Ortsberichte: Braunschweig, Chemigraphen; Stuttgart, Chemigraphen. — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in Deutschland.

II.

Der Weltkrieg und das Steindruckgewerbe.

Nachdem uns Dr. Cramer den schweren Rückgang des Steindruckgewerbes infolge der Hochschutzzollpolitik der kapitalistischen Staaten chronologisch geschildert hat, und auch den nochmaligen Aufschwung dargestellt hat, den die illustrierte Postkarte brachte, sucht er den Rückgang selbst zahlenmäßig zu erfassen. Nach den Veröffentlichungen des kaiserlich-statistischen Amtes in Berlin umfaßte der deutsche Export in Farbendruckbildern im Jahre 1913 eine Warenmenge von 2244 Doppelzetteln im Werte von 9434000 Mk.; 1907 betrug die entsprechenden Zahlen 7.313 Doppelzetteln im Werte von 19981000 Mk. Die Ausfuhr von Postkarten verminderte sich in der gleichen Zeit von 64587 Doppelzetteln und 25835000 Mk. Wert auf 37954 Doppelzetteln im Werte von 15490000 Mk. Die Ursache des Rückganges sieht Cramer in Neuerscheinungen auf technischem Gebiete, lohnpolitische Verwickelungen, in den Maßnahmen der innerdeutschen Finanzpolitik und nicht zuletzt in den neuerlichen Verschärfungen der handelspolitischen Beziehungen zu den auswärtigen Staaten. Bei der Schilderung der Bemühungen der ausländischen Staaten, sich durch hohe Schutzzölle den unangenehmen deutschen Wettbewerber im Steindruck fernzuhalten, kommt der Verfasser auch auf Italien zu sprechen:

»Italien kommt, seitdem es 75 Lire Zoll fordert, als wesentliches Absatzgebiet für deutsche Steindruckprodukte nicht mehr in Frage. Die italienischen Fabriken haben sich zum Teil durch Zuzug deutscher Arbeiter ungemein stark entwickelt und eine eigene Industrie geschaffen, die, vermöge billiger Löhne und infolge des niedrigen deutschen Eingangszolls, sogar imstande ist, ihre Artikel auf den deutschen Markt zu werfen.«

Eine Frage. Warum gingen die deutschen Lithographen und Steindrucker nach Italien? Nun, weil die Arbeitsverhältnisse in Deutschland dank der rückständigen Lohnpolitik des Schutzverbandes jede Zukunftsaussicht versperrte. Hätte der Schutzverband auch nur annähernd die Energie, die er auf die Bekämpfung der Gehilfen verwandte, auf die Aufrechterhaltung guter Preis- und Lieferungsbedingungen angewandt, dann wäre ihm die Erfüllung der Gehilfenforderungen ein leichtes gewesen und damit hätte er die Gehilfen in

der Heimat behalten und sich die ausländische Konkurrenz ferngehalten. Aber diese Kartellierungsbestrebungen im Steindruckgewerbe sind fast vollständig resultatlos verlaufen. Durch Bildung von Produktionsgruppen sollte diese Kartellierung erleichtert werden. Doch die Unternehmer, sagt Dr. Cramer, haben sich um nichts weiter gekümmert, als um das, was in ihren vier Betriebspfählen vorging. Kein Wunder, die ganze Dressur war ja auf die Gehilfenschaft allein gerichtet, dort sollte ja nur die Gefahr herkommen. Das ist russische Taktik, die das ganze Heer in die Sümpfe führt, nur daß die Unternehmer ihre Niederlage keinem überlegenen Hindenburg, sondern nur der eigenen dogmatischen Verantheit zu verdanken haben.

Weitere Verschlechterung erfuhr die wirtschaftliche Lage im Steindruckgewerbe durch die Bülow'schen Steuern und Steuerprojekte auf Zündwaren, Tabake aller Art, Schaumweinsteuer u. dergl. aber auch die später abgelehnten Steuern haben doch zur Einschränkung des Bedarfs an Ausstattungen beigetragen und damit das innere deutsche Absatzgebiet erheblich verkleinert. Da kam die Lohnbewegung mit ihren schweren Verwickelungen und bald darauf, 1907/08 brach die große wirtschaftliche Weltkrise aus. Die großartige Entwicklung des 3 und 4 Farben-drucks führte wieder wichtige Aufträge an den Buchdruck ab, und schließlich kam im Jahre 1911/12 abermals ein schwerer Lohnkampf, der an Erbitterung alles bisher dagewesene in den Schatten stellte. So traf das Gewerbe der Krieg. Nachdem der Verfasser auch hier die Vorgänge und Wirkungen vorüberziehen läßt, kommt er zu dem Schluß, daß nur ein allgemeiner Zusammenschluß sämtlicher graphischen Gewerbe Deutschlands die Aussichten bietet, daß wir neben den schwerindustriellen Gewerbegruppen auf die Gestaltung der deutschen Handelspolitik Einfluß zu gewinnen vermöchten.

Leider können wir auf das nun folgende hochinteressante Material über die Entwicklung der Steindruckpresse, von der Hand-, bis zur Offsetpresse hier nicht weiter verfolgen, erwähnen möchten wir nur, daß auch Dr. Cramer von der Offsetpresse einen neuen Aufschwung für den Steindruck erhofft. Auch die wertvollen Abhandlungen über das Urheberrecht möchten wir übergehen und wenden uns dafür mit umso lebhafterem Interesse den Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnissen zu.

Der Verfasser beginnt seine Untersuchungen mit dem Anfang des 19. Jahrhunderts. Nach der Arbeitsordnung vom Jahre 1845, die in den namhaften Offizinen in Geltung war, hatten Lithographen, Steindrucker, Aufleger, Steinschleifer und Farbereiber und das sonstige Personal eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden. Die Kündigungsfrist betrug bei Gehilfen vier Wochen, beim Arbeitgeber aber nur zwei Wochen, bei den übrigen Arbeitern aber je zwei und eine Woche. Dazu kam eine weitgehende Ersatzpflicht für schuldhaft schlecht

gefertigte Arbeiten. Noch in den sechziger Jahren bewegten sich die Löhne zwischen 4-5 und 6-8 Talern, zumeist in Akkordlohn bei 11-12 stündiger Arbeitszeit, allerdings wurde stark mit Überstunden bis in die Nacht hinein gearbeitet. Der Aufschwung in den siebziger Jahren brachte besonders für Chromolithographen höhere Löhne. Neuausgelernte erhielten damals nicht unter 21 Mk. nicht selten bis 30 Mk.; der Höchstlohn ging bis 45 Mk. und für Spezialarbeiter darüber hinaus. Mit der Entstehung immer neuer großkapitalistischer Betriebe, gestaltete sich das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern gründlich um. An die Stelle der individuellen Wertschätzung des einzelnen Arbeiters, trat die nach rein wirtschaftlichen Prinzipien gemessene Bewertung seiner Arbeitskraft, aus der Persönlichkeit wurde das Produktionsmittel, der Posten in der Kalkulation. — Das heißt diese Gedanken spricht der Verfasser des Buches aus, nicht wir. Wir stellen das besonders fest, weil damit von einem Unternehmer aus dem Steindruckgewerbe einmal resolut das ganze Phrasengebäude von der Entlohnung der Gehilfenschaft nach der individuellen Leistungsfähigkeit als Unsinn beiseite geschoben wird. Für diese Tat allein sind wir schon dem Verfasser zu Dank verpflichtet. Leider hat diese Erkenntnis auch mancher Gehilfe bis heute noch nicht mitgemacht.

Eine reine sachliche, fast liebevolle Darstellung widmet der Verfasser der Entstehung der gewerkschaftlichen Organisation in unserem Gewerbe. Hierbei gibt er uns eine Schilderung der Mißstände, die um die achtziger Jahre vorhanden gewesen sind; sie liefert uns den Beweis, daß man auch als Arbeitgeber sehr wohl Verständnis für die Lage der Gehilfen haben kann:

»Die gewaltigen Umwälzungen, die die Einführung der Schnellpresse mit sich brachte, hatten für die Arbeiter mancherlei unerwünschte Folgen zeitigt. Vor allem war das einträgliche Akkordarbeitssystem an der Handpresse vielfach in Wegfall gekommen, die Schnellpresse lieferte ohne Akkord das zwanzig- und dreißigfache. Sodann klagten die Gehilfen über Lohnreduktionen, starke Überzeitbeschäftigung (zumeist ohne Extrazuschläge), ferner gab das Überhandnehmen der Einstellung von Lehrlingen Anlaß zu Mißstimmungen und Unruhe. Unter dem Druck dieser Verhältnisse erfolgte 1885 in Berlin die Gründung eines Fachvereins der Lithographen und Steindrucker. — — —

Von demselben Bemühen, objektiv auch dem wirtschaftlichen Gegenkontrahenten gerecht zu werden, zeugen nachstehende Sätze. Nach der Mitteilung einiger verlorener Streiks infolge mangelhafter Organisation 1887 und 1889, sagt er: »Nichts destoweniger war ein wichtiger Fortschritt erzielt worden. Man hätte aus den verschiedenen Fehlschlägen die Erkenntnis gewonnen, daß ohne die Bildung einer alle Berufsangehörigen umfassenden Vereinigung, aufgebaut auf gewerkschaftlicher

Grundlage, eine Besserung der beruflichen Verhältnisse nicht herbei geführt werden konnte. — « oder an anderer Stelle: »Der alte Senefelderbund verjüngte sich in eine auf gewerkschaftlicher Grundlage beruhende Organisation und nahm die Mitglieder des Vereins, soweit sie schon vorher auch dem Bund angehört hatten, neu in sich auf. — «

Im weiteren Verlauf seiner Darstellung der wirtschaftlichen Kämpfe der Hilfsorganisation kommt der Verfasser auch auf die Lohnbewegung von 1896 zu sprechen. Kein Wort des Tadels über die Forderungen der Gehilfen oder darüber, daß der Streik an sich falsch oder unbedeutend gewesen sei. Nur die gewählte ungünstige Zeit und die nicht beachteten ungünstigen Voraussetzungen werden von ihm scharf gerügt. Wir können daher über diese Periode kurz weggehen, um nun der Entstehung der Tarifvertragsidee und ihrer weiteren Entwicklung in einem nächsten Artikel zu folgen.

Rundschau.

Lohn- und Teuerungszulagen: In *Aschaffenburg* hat die Firma *Aktien-Buntpapierfabrik* nach Vorstelligwerden des dazu beauftragten Arbeiterausschusses jetzt wieder Lohn- und Teuerungszulagen bewilligt. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin, ohne Unterschied des Berufes, erhielt 3 Mk. Lohnzulage und außerdem eine weitere Teuerungszulage. Verheiratete erhalten jetzt pro Monat 30 Mk. Teuerungszulage (bisher 20 Mk.), Ledige und Witwer jetzt 15 Mk. (bisher 12 Mk.). Ferner wird für jedes Kind bis zu 13 Jahren jetzt monatlich 10 Mk. (bisher 5 Mk.) gezahlt. — In *Eßlingen* hat die Firma *J. F. Schreiber* nach stattgefundenen Verhandlungen eine weitere Teuerungszulage bewilligt. Und zwar erhielten die Lithographen, Chemigraphen und Steindruckereine wöchentliche Zulage von 5 Mk., ein Kollege, und zwar der Mindestbezahlte, erhielt 6 Mk. Die Kollegen dieser Firma haben jetzt einen Wochenlohn von 50 bis 58 Mk. Die wöchentliche Zulage beträgt jetzt 15 Mk.

Das Kriegsmantel gegen geheime Konkurrenzklausein. Wie vor einiger Zeit bekannt wurde, haben 19 große Firmen der Berliner Eisenindustrie miteinander eine geheime Konkurrenzklausein verabredet, nach der keine von ihnen Angestellte einer anderen Firma engagieren sollte, solange diese in Stellung seien; erst nach längerer Karenzzeit sollte ihre Einstellung frei werden. Auf diese Weise wollte man es den Angestellten unmöglich machen, durch einen Wechsel ihrer Stellung ein höheres Gehalt zu erlangen. Zahlreiche Angestelltenverbände haben gegen diese Abrede scharfen Widerspruch erhoben und sich beschwerdeführend an das Kriegsmantel gewandt. Dieses hat jetzt entschieden, daß solche Vereinbarungen, wenn sie das Fortkommen der Arbeitnehmer in unbilliger Weise erschweren und mit den Bestimmungen und dem Geist des Hilfsdienstgesetzes in Widerspruch stehen, vom Kriegsmantel nicht gebilligt werden können. Es solle von solchen Vereinbarungen künftig Abstand genommen werden, und die Aufmerksamkeit der Kriegsmantelstellen bei den einzelnen stellvertretenden Generalkommandos wird ganz besonders darauf gelenkt, derartige Vorgänge zu beachten. Ähnliche Konkurrenz-Verabredungen haben auch im graphischen Gewerbe stattgefunden. So im *Litdruck*; aber auch aus dem *Steindruck* sind uns solche Tatsachen gemeldet worden. Doch darin liegt ja eben ein Teil der wirtschaftlichen Überlegenheit der Unternehmer, daß derartige schwerwiegende Beschlüsse in irgend einem schwerwiegenden Konferenzzimmerwinkel gefaßt, nur selten in ihrem Wortlaut, meist nur in ihrer verhängnisvollen Wirkung den Gehilfen bekannt werden.

Die Macht der Gewerkschaften. »Die Freien Gewerkschaften haben sich während des Krieges eine Machtstellung erobert, die sie im Frieden sobald nicht erobert hätten« beginnt der Leitartikel der neuesten Nummer des »Arbeitgebers«, des Organs der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Im Hinblick auf die Forderung einer Arbeitslosenversicherung nach Friedensschluß fordert das Unternehmerblatt von der Regierung, die gewerkschaftlichen Pläne endlich auf Grund einer gesunden Realpolitik auf das richtige Maß zurückzuführen. Jedemfalls müßten die deutschen Arbeitgeberverbände sich mit aller Kraft dagegen zur Wehr setzen, daß die Macht der Gewerkschaften durch staatliche Maßnahmen weiter gesteigert werde.

Geschäftsberichte. Die Firma *Peter Bowschen, G. m. b. H., in Rheid a. Rh.* ist durch Beschluß der Versammlung der Gesellschafter vom 10. Mai 1918 aufgelöst. — In der Hauptversammlung der *Vereinigten Kunstsinstitute vorm. Troitzsch in Berlin* wurde auf Anfragen erwidert, daß bei der wesentlich gesiegenen Beschäftigung ein gutes Ergebnis in Aussicht sei. Angliederung an die *Rotophot A.-G.* komme gegenwärtig nicht in Frage, der Direktor *Kraemer* sei aus dem Auf-

sichtsrat von *Troitzsch* geschieden und diese Gesellschaft unabhängig und kräftig genug geworden. Für den Frieden erwarte man infolge vergrößerter Arbeitsbasis starke Beschäftigung u. a. für Reklamezwecke. In den Aufsichtsrat wurden neugewählt Ministerialdirektor *Herz* und Bankier *Marlin Schiff*. — Die Jahresrechnung ergibt einen Reingewinn von 301934 Mk., sodaß nach Abzug des Verlust-Vortrages von 291856 Mk. noch ein Überschuß von 10078 Mk. bleibt. — Das Rohergebnis des Geschäftsjahres 1917 der Firma: *F. Bruckmann A.-G. in München* stellt sich auf 797203 Mk. (752569 Mk.), von welchen 249362 (253190) Mk. Abschreibungen, 71689 (73020) Mk. allgemeine Verlagskosten, 53792 (76914) Mk. Steuern und Umlagen sowie 71262 (72465) Mk. Kriegsunterstützungen zu decken sind. Einschließlich des Vortrages von 126200 (124900) Mk. steht somit ein Reingewinn von 477298 (401900) Mk. der Generalversammlung zur Verfügung. Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, zur Verteilung einer Dividende von 16 (12) v. H. auf 2000000 Mk. Aktienkapital 320000 Mk. zu verwenden und 127298 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Einfach unverständlich.

Welche Fülle von Lob und Schmeichelworten ist dem deutschen Volke seit Kriegsbeginn gesagt worden, und dabei hat man den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend hauptsächlich an die Arbeiterschaft gedacht, sie auch häufig direkt genannt. Damals fühlte sogar unsere Schutzverbandszeitung das Bedürfnis, diese Mode ein wenig äußerlich milzumachen. Das meiste davon ist längst vergessen. Selbst Anerkennung und Dank gegen die Kriegsteilnehmer wird häufig nur noch als eine gesellschaftlich notwendige Phrase im Munde geführt. Wie sinnlos wütend schlug die konservativ-reaktionäre Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses den ganzen Ausstattungsporzellanstrank mit den Kriegsphrasen in Trümmern. Zum viertenmal wurde in diesem Geldsackparlament das gleiche Wahlrecht mit erheblicher Mehrheit abgelehnt, wird ein königliches Versprechen von den sogenannten königstreuen Parteien nichtachtend beiseite geschoben. Zum viertenmal wurden der Regierung moralische Ohrfeigen erteilt, ohne daß diese sich dagegen zur Wehr setzte. Statt des feierlich versprochenen gleichen Wahlrechts wurde beschlossen, daß jeder über 50 Jahre alte Preuße, und wer mehr als 10 Jahre in Reichs-, Staats- oder Kommundienst tätig ist, oder wer selbständig oder in geborener Stellung tätig ist eine Zusatzstimme erhalten soll. In raffinierter Weise hat man jedem eine Zusatzstimme geben wollen, nur — dem Arbeiter nicht. Aber es kam noch toller. Um die reaktionäre Mehrheit auf ihre eigenen, einst so reichlich verzapften Kriegsphrasen hineinzulegen, brachten die wahrheitsfreundlichen Parteien einen Antrag ein, der den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme gewähren sollte. Doch mit 251 gegen 147 Stimmen wurde auch dieser Antrag abgelehnt. In dem richtigen Empfinden, daß der überwiegende Teil der Kriegsteilnehmer Arbeiter sind, gab man den Schützern des Vaterlandes einen moralischen Fußtritt. So durften sie sich jahrelang unter Dreck und Lügen plagen, durften für die Sicherheit der Kriegsgewinner Gesundheit und Leben opfern, aber gleiches Recht — das gibt es für Arbeiter in Preußen auch dann noch nicht. Es soll ein Wahlrecht werden, daß, wie der Abgeordnete *Hoff* sagte: auf den Leib der Zuhausegebliebenen zugeschnitten ist. Merkwürdigerweise stimmten gegen den Antrag auf Erteilung einer Zusatzstimme an die Kriegsteilnehmer, durch den fast die gesamte Arbeiterschaft zu einer Zusatzstimme gekommen wäre, und die Gleichheit des Wahlrechts einigermaßen wiederhergestellt wäre, auch die unabhängigen Arbeitervertreter.

Zu derselben Zeit, als so im preußischen Abgeordnetenhaus die Regierung untätig zusah, wie ihre Gesetzesvorlage verhandelt wurde, wurde auch im Reichstag eine schwere Benachteiligung der Arbeiterschaft durch die Regierung angekündigt. In der Kommission, in der das Arbeitskammergesetz beraten wurde, fand der Antrag der Vorlage, auf Errichtung fachlicher Kammern, keine Annahme. Mit 15 gegen 13 Stimmen wurde vielmehr, entsprechend dem Wunsche der Gewerkschaftsvertreter, die territoriale Gliederung beschlossen. Diesen Beschluß erklärte danach der Regierungskommissar für unannehmbar. Und diese brüste Ablehnung, trotzdem die gesamte Arbeiterschaft für territoriale Arbeitskammern eintrat.

Aufrechterhaltung der Anwartschaft von Lebens- und Krankenversicherungen.

Der Bundesrat hat am 20. Dezember 1917 eine Verordnung über die Wiederherstellung von solchen Lebens- und Krankenversicherungen erlassen, bei denen die Rechte aus der Versicherung während des Krieges erloschen oder gemindert worden sind, weil der Versicherungsnehmer seine Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andere vertragsmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat. Die Frist, innerhalb deren die Wiederherstellung vom Versicherungsnehmer

beantragt werden muß, läuft allerdings erst 6 Monate nach Beendigung des Krieges ab, auch ist in der Verordnung dafür gesorgt, daß die Versicherungsnehmer schon jetzt ihre Rechte wahrnehmen können. Der § 4 Abs. 2 bestimmt nämlich, daß das Recht auf Wiederherstellung unberührt bleibt, wenn der Versicherungsfall nach der Absendung des Antrags eingetreten ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Vorschrift auch für solche Anträge Geltung hat, die bereits vor der Genehmigung der allgemeinen Bestimmungen gestellt worden sind. Hiernach ist jedem Versicherungsnehmer, auf dessen Versicherung die Verordnung Anwendung findet, bereits jetzt die Möglichkeit gegeben, sich die ihm durch diese Verordnung gebotenen Vorteile zu sichern, gleichgültig, ob seiner Versicherungsgesellschaft bereits die allgemeinen Bestimmungen genehmigt sind oder nicht. Es ist hiernach nur notwendig, unmittelbar beim Vorstand (Direktion) der Gesellschaft (nicht bei Generalagenten, Agenten oder sonstigen Geschäftsstellen) schriftlich, zweckmäßig durch eingeschriebenen Brief, zu beantragen, daß die Versicherung wiederhergestellt wird. Allen Beteiligten ist daher zu empfehlen, diesen Antrag alsbald bei ihrer Gesellschaft einzureichen. Die sachliche Erledigung des Antrags, also die Wiederherstellung selbst, kann allerdings erst nach Genehmigung der allgemeinen Bestimmungen stattfinden. Mag hierüber auch noch einige Zeit vergehen, so kann diese Verzögerung doch für den Versicherungsnehmer, der seinen Antrag bereits gestellt hat, nicht mehr den Nachteil mit sich bringen, daß ihm das Recht, die Wiederherstellung nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen zu verlangen, etwa dadurch verloren geht, daß der Versicherungsfall nach der Stellung des Antrags aber vor erfolgter Wiederherstellung der Versicherung eintritt.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1917.

Zum vierten Male seit Beginn des Weltkrieges erstattet die Großverkaufsgesellschaft ihren Jahresbericht. Wie nicht anders zu erwarten, gibt dieser wiederum Kenntnis von einer ziemlich erheblichen Verringerung des Jahresumsatzes, die um so schwerer wiegt, als bei dem starken Anwachsen der Preise der tatsächliche Rückgang des Umsatzes ja noch bedeutender ist, als er im Geldwert ausgedrückt erscheint. Das Vermittlungsgeschäft der Gesellschaft erstreckte sich ja zum großen Teil auf importierte Artikel, die nachgerade fast vollständig vom Markte verschwunden sind dazu kommt die öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Gebrauchsgüter, die im Interesse der Allgemeinheit nicht zu umgehen war. Immerhin kann sich die GEG mit Recht darüber beklagen, daß die Leistungsfähigkeit und der gemeinnützige Charakter des Unternehmens von den Behörden längst nicht in genügendem Maße anerkannt und in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wurden. Wir hätten sonst auf manchen Gebieten vielleicht bessere Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft gemacht, als dies tatsächlich der Fall war.

Der Warenumsatz des Jahres 1917 stellte sich auf 107737282 Mk. gegen 133896014 Mk. im Vorjahre, so daß also ein Rückgang um 26 158733 Mk. oder um fast 20 Proz. stattgefunden hat. Auch die beiden Vorjahre hatten bereits Rückgänge aufzuweisen: 1915 hatte der Umsatz noch 152,9 und 1914 157,5 Millionen Mk. betragen. Von dem Umsatze des letzten Jahres stammten für 5,3 Millionen gegen 6,7 Millionen im Vorjahre aus anderen genossenschaftlichen Quellen.

Selbstverständlich hatten auch die Eigenproduktionsbetriebe der GEG stark durch den Mangel an Rohmaterialien zu leiden. In den drei Zigarrenfabriken in Hamburg, Hokenheim und Frankenberg sank der Umsatz von 3,7 auf 3,5 Millionen Mk., also um 5½ Proz., während der Rückgang in der produzierten Menge sogar 26 Proz. betrug. Über die Hälfte des Umsatzes entfiel auf Heereslieferungen. Die Kautabakfabrik in Nordhausen verminderte ihren Umsatz von 648000 auf 603000 Mk. oder um 7 Proz. Die Heereslieferungen betragen hier ein Drittel des Umsatzes. In den beiden Seifenfabriken in Gröba und in Düsseldorf fand eine Verminderung des Umsatzes von 7,8 auf 7,4 Millionen Mark statt. Die außerordentlichen Schwierigkeiten in der Beschaffung der nötigen Fette und Öle wurden hier mit Schaffung des Zwangssyndikats, der Seifenherstellungs- und Betriebsgesellschaft etwas behoben. Auch die Zündholzfabrik Lauenburg hatte 1917 eine Minderproduktion: statt 912000 Mk. setzte sie nur 754000 Mk. um. Ihren Umsatz vergrößert hat einzig und allein die Teigwarenfabrik Gröba, die für 3739000 Mk. produzierte gegen 3700000 Mk. im Vorjahre. Hierzu kommen dann noch einige kleinere Produktionsbetriebe. Insgesamt hatte die GEG in ihren Fabriken einen Umsatz von 24,6 Millionen Mk. und beschäftigte in ihnen 1114 Personen. — Die Bankabteilung hatte im Giroverkehr einen Umsatz von 216 Millionen Mk. im Debet und 218 Millionen Mark im Kredit, im ersteren einen geringeren Mehr-, im letzteren einen Minderumsatz von 6 Millionen gegenüber dem Vorjahre.

Die Gesamtzahl der von der Gesellschaft beschäftigten Personen betrug 1577 gegen 1892 im

Vorjahre. Die freiwilligen Leistungen der Gesellschaft zugunsten ihrer Angestellten stellten sich im Berichtsjahr auf über eine halbe Million Mk.

Aus der Bilanz der Gesellschaft sind folgende Zahlen erwähnenswert: Stammkapital 10 Millionen Mk., soziale Fonds 1,7 Millionen Mk., Reserven 14 Millionen Mk., Bankanlagen bei GEG 71,7 Millionen Mk., Kassen-, Wertpapier- usw. -Guthaben 50 Millionen Mk., Grundstücke und Gebäude 8,3 Millionen Mk. Der Reingewinn beträgt 1 486 000 Mk. gegen 2 176 000 Mk. im Vorjahre. Nach Vorschlag der Verwaltung sollen davon 5 Proz. Zinsen auf eingezahltes Kapital, 4 Promill Rückvergütung auf den Umsatz der angeschlossenen und 2 Promill auf den der nicht angeschlossenen Vereine verteilt werden. Der Rest in Höhe von 838 650 Mk. fließt in den verschiedenen Fonds zu.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Die Rechnung stimmt nicht!

Ein Mitgliedschaftsvorsitzender schreibt uns: Um einigermaßen über die Situation auf unserem Arbeitsmarkte unterrichtet zu sein, stecken wir sozusagen von Zeit zu Zeit die Fühler aus. Bei diesem Verfahren kommen wir zu nachstehenden Wahrnehmungen. Aus dem Verhalten unserer Prinzipale geht hervor, daß sie streng bedacht sind, ja um Gotteswillen keine hohen Löhne aufkommen zu lassen, was ihnen auch wahrscheinlich von ihrer Zentralleitung vordiktirt wird. Wie wir aus verschiedenen Auseinandersetzungen feststellen konnten, kalkulieren sie auf die Weise, daß sie nicht mehr Personal bekommen, als das, was zur heutigen Zeit vorhanden ist, ob sie 50 oder 100 Mk. Wochenlohn zahlen.

Sie vergessen nur das eine, daß es auch noch einen andern Lebensunterhalt gibt außerhalb unseres Berufes, und daß mehr und mehr Kollegen unserm Berufe den Rücken kehren. Darum stimmt ihre Rechnung schlecht, denn wenn auch bei hohen Löhnen nicht mehr Personal heraufgezaubert wird, so wird bei niedrigen Löhnen sicher das Gegenteil eintreten, und die Zahl der Gehilfen im Beruf wird von Tag zu Tag weniger.

Einer von den Scharfmachern hat hören lassen: Wir können und wollen auch nicht die Kriegsindustriellöhne zahlen. Unser Kollege wandte ihm darauf ein: daß das Wort nicht können zu den heutigen Verhältnissen nicht paßt, da doch die Preise für Materialien früher auch für unmöglich gehalten wurden und doch würden heute für 1000 Bogen Papier statt 11 Mk. über 100 Mk. gezahlt; warum wäre es gerade beim Lohn des Arbeiters unmöglich?

Leider gibt es auch noch viele Fälle, wo die Kollegen den Verhältnissen nicht Rechnung tragen, einen entsprechenden Lohn zu verlangen nicht Courage haben; denn die meisten Prinzipale haben nicht das Einsehen, ihrem bewährten Gehilfen ein auskömmliches Dasein zu sichern und somit kommen Fälle vor, die schließlich für beide Teile von Nachteil sind.

Zwei unserer Kollegen hier am Orte haben sich auch nicht dazu aufraffen können, einen entsprechenden Lohn zu verlangen und eventuell durchzusetzen, die Folge davon war in einem Falle der Tod und im zweiten schwere Krankheit, beides durch Unterernährung hervorgerufen. Denn heute kann man unter 70 Mk. Wochenlohn hier im Westen nicht existieren. Aber die betreffenden Prinzipale dieser beiden bedauernswerten Kollegen müssen jetzt für ihre erprobten Gehilfen je zwei Mann halten, wobei sie jedem einzelnen mehr Lohn zahlen müssen wie dem einzelnen ausgeschiedenen. Zum Schluß noch etwas aus dem Briefe eines Kollegen. Er schreibt unter anderem: 70 Mk. ist zwar nicht niedrig, jedoch wer ein bisschen menschlich leben will, der kann doch heute nicht damit auskommen. Ich bin schon vor einem Jahre vom Berufe abgegangen, verdiene vielmehr und was die Hauptsache ist, ich bekomme von unserer Werksleitung billigere Lebensmittel, hauptsächlich Fett und Kohle. —

Einschränkung des lithographischen Arbeitsgebietes.

Wie der Krieg unserm Gewerbe Schlag auf Schlag wichtige Arbeitsgebiete raubte, läßt ein Eingesandter erkennen, daß die »Papier-Zeitung« berichtet, die Mannheimer »Süddeutsche Tabakzeitung« brachte. Durch den Krieg gingen die bedeutenden Verbindungen, die die Hersteller von Zigarrenpackungen mit dem Ausland hatten, verloren. Der Versuch, für diese starke Einschränkung eine Entschädigung im inländischen Absatz zu finden, mißlang gleichfalls, weil die Zentrale für Heereslieferungen in Minden Anfang März 1918 die Vorschrift erließ, daß sämtliche Zigarren, die durch ihre Vermittlung ins Feld gehen, in unbelakten Kisten geliefert werden müssen. Der Grund für diese Bestimmung soll im Mangel an Papier und Klebemittel zu suchen sein. Der Einsender bestreitet für die lithographischen Kunstanstalten diesen Mangel

auch sei gegenüber dem allgemeinen Papierverbrauch diese Papierersparnis, die durch das Aufheben der Herstellungen von Zigarrenpackungen erzielt werden könnte, nur gering. Durch dieses Verbot würden steuerkräftige Industriebetriebe zur Schließung gezwungen, tausende von Arbeitskräften würden brotlos, weil der geringe Absatz für den Bedarf der Zivilbevölkerung keinen Ersatz für den Ausfall bieten kann. Hierzu kommt noch, daß viele jetzt aktuelle Ausschmückungen für spätere Zeit wertlos und damit unabsetzbar werden. Die einzige Möglichkeit, lithographische Packungen in größerem Umfange abzusetzen, bestand in der Ausfuhr nach Holland. Mit dem 29. April 1918 hat die Niederländische Übersee-Trust-Gesellschaft das Verbot deutscher Verpackungen ausgesprochen. Der Einsender erhofft nunmehr eine Aufhebung des Mindener Verbots der lithographischen Ausstattung für die Feld-Zigarren.

Berufsgefahren und Kriegsernährung.

Die Erfüllung der Berufspflichten ist überall auch ein Stück Magenfrage. Was in dem einen Beruf an Muskelkraft gespart wird, zehren in dem anderen die Nerven auf. Ungenügende Ernährung bei der Arbeit, die starke Anspannung fordert, verjagt alle Frische und Freudigkeit; es sinkt nicht nur die Menge und Güte des Erzeugten, es leidet auch die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften. Und unmittelbar schwächt ungenügende Ernährung die Widerstandskraft des Körpers gegen alle möglichen Berufsgefahren und Berufskrankheiten. So ist z. B. das Arbeiten in ungesunder Luft offenbar doppelt und dreifach schädlich, wenn die Därme leer sind und das Blut dünn.

Andauernde Unterernährung schwächt den Körper und mindert die Arbeitskraft. Dadurch tritt jetzt so häufig bei den Arbeitern das unheimliche Gefühl frühzeitigen Ermüdens ein, die Temperatur erhöht sich, die Schweißabgabe wird stärker. Es gibt für einen Arbeiter nichts Niederdrückenderes, als wenn er regelmäßig nach der dritten oder vierten Arbeitsstunde schon so erschöpft ist, wie sonst kaum am Ende des ganzen Tages an der Werkbank. Häufig ist diese Ermüdung der Vorbote des Beginns einer Krankheit. Der Zustand wird leicht verschlimmert durch anstrengende Akkordarbeit, die keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Körpers nimmt, dauernde Nachtschicht oder häufig wechselnde Schichtzeit, staubige Luft usw. Aber gegen die daraus entstehenden Gefahren kann sich der Vorsichtige meist schützen, während er gegen den chronischen Hunger wehrlos ist und hinnehmen muß, wie dieser den ganzen Menschen zerrütet und schließlich zum Zusammenbruch der Kräfte führt.

Schlechte Ernährung trägt viel bei zu der allgemeinen Gleichgültigkeit gegen Berufsgefahren, sie ist die Ursache einer allgemeinen Würstigkeit gegenüber der ganzen Umgebung. Wie ein Traumender wandelt der Unterernährte zwischen den Maschinen umher und klettert auf ein Schutzgerüst — er wird zu einer Gefahr für sich und die Mitarbeiter und kann auf verantwortlichem Posten Massenunfälle hervorrufen. Es ist bekanntlich längst nachgewiesen, daß kurz vor der Mittagspause, am Ende des Arbeitstages und in den letzten Tagen der Woche die Unfälle häufiger und schwerer sind als zu anderen Zeiten und anderen Tagen. Die Zahl dieser Unfälle, die einfach auf das Versagen der körperlichen Spannkraft zurückzuführen sind, hat im Kriege ganz außerordentlich zugenommen.

Zweifelloos spielt dabei die schlechte Ernährung eine große Rolle, so schwer es auch sein mag, ihren Einfluß exakt nachzuweisen. Mit der Dauer der Lebensmittelschwierigkeiten vergrößern sich diese Gefahren ganz von selbst. Darum hüte sich jeder in diesen Fragen vor gleichgültigem Geschehenlassen! Der Körper bricht nicht sofort zusammen, er wehrt sich erst mit verzweifelten Mitteln, er zehrt an den Reserven der Körperkräfte noch lange Zeit und hält mit ihnen auch die angegriffene Maschine noch eine Weile im Takt; gerade deshalb vermachlässigen die Menschen oft ihren Körper so schändlich, bis er eines Tages doch seine Rechnung einreicht.

Im Kriege wird mit der Menschenkraft Raubbau getrieben. Wir sollten aber unser kostbarstes, unser einziges Gut nicht ganz ausrauben lassen. Deshalb dürfen wir auch im Kampf um bessere Lebensmittelverteilung nicht erlahmen. Für das kommende Erntejahr 1918 müssen wir laut fordern, daß gebührend in Rechnung gestellt werde, wie stark die Sparkasse an Volkskraft schon angegriffen ist. Wir müssen dringlich mahnen, die Wege zu beschreiten, die eine weitere Gesundheitsschädigung zu verhüten gestatten. Mit dem Beschränkungsmittel, der Sonderzuweisungen an einzelne Schichten und Berufe oder andere Pflichten ist nichts getan. Dabei wird nur ein Teil der Arbeiterschaft auf Kosten des anderen vorübergehend bevorzugt, aber die Gesamternährung ist um kein Gramm verbessert. Die Menge der zur Verteilung gelangenden Lebensmittel muß vergrößert werden. Je länger der Krieg dauert, desto wichtiger wird dieses Verlangen. Die Erfassung und Verteilung der Lebensmittel muß mit

wachsender Aufmerksamkeit verbessert werden. Viel zu viele fallen im mörderischen, blutigen Kampf. Aber auch die wirtschaftlichen Verlustlisten in der Heimat werden immer länger. Staatsmann, Arzt, Volkswirtschaftler und Politiker müssen mit Hand anlegen, um die überwältigend große und dringliche Aufgabe des Schutzes der Volkskraft vor weiteren Schädigungen zu lösen.

Th. Thomas.

Die photomech. Fächer.

Ortsberichte.

Braunschweig, (Chemigraphen). In einer am 11. Juni stattgefundenen Versammlung beschäftigten sich die Chemigraphen Braunschweigs erneut mit der Frage einer Erhöhung der Teuerungszulagen. Die Anwesenden waren einmütig der Meinung, daß die bisher gezahlten Teuerungszulagen nur ein Bettelfennig sind in Anbetracht der mardenhaften Preise, die jetzt auf allem zum Leben auch nur unbedingt Nötigen ruhen. Die Kollegen halten es für eine unabwendbare Notwendigkeit, ihre Beauftragten im Tarifamte zwecks Erhöhung der Teuerungszulagen zum Eintritte in erneute Verhandlungen mit den Unternehmern zu ersuchen. Wir erwarten von den Prinzipalen soviel menschliche Einsicht, um die derzeitige schlechte Lage der Gehilfenschaft beurteilen zu können. Wir hoffen bestimmt auf eine Erfüllung unserer minimalen Forderung durch die Unternehmer. Liegt es doch in ihrem eigenen Interesse, durch ein Entgegenkommen dem Gewerbe die Arbeitskräfte zu erhalten, die es nach dem Kriege sehr nötig brauchen wird. Zu diesem Punkte der Tagesordnung wurde eine Resolution gefaßt, die dem Tarifamte eingesandt werden soll und folgenden Wortlaut hat:

»Die am 11. Juni versammelten Chemigraphen Braunschweigs befaßten sich mit der völlig unzulänglichen Teuerungszulage, die ihnen bisher gezahlt wird. Sie erachten eine Erhöhung um 100 Prozent für das Wenigste, was dazu angetan sein könnte, die große Kluft zwischen den niedrigen Löhnen im Chemigraphengewerbe und den fabelhaft hohen Preisen des täglichen Bedarfes auch nur zum Teile zu überbrücken. Die erneute Teuerungszulage muß ihre Wirkung ab 1. Juli 1918 erhalten. Die bisher gezahlten besonders gewährten Lohn- und Teuerungszulagen sind nicht mit in Anrechnung zu bringen.«

Beim zweiten Punkte der Tagesordnung wurde über die Verlängerung des Tarifes um ein Jahr beraten. Die Anwesenden erklärten sich bereit, mit Rücksicht auf die im Felde stehenden Kollegen ihre Einwilligung zur Verlängerung des Tarifes zu geben; jedoch nur unter der Bedingung, daß ihnen die geforderte Teuerungszulage vom 100 Proz. voll und ganz bewilligt wird. Denn was nützte sonst ein Tarif, der die Gehilfenschaft daran hindert, ihre Lebenshaltung menschenwürdig gestalten zu können? Gewiß soll es unsere Aufgabe sein, die Tarifgemeinschaft hoch zu halten; doch möchten wir nicht als die alleinigen Stützen der Gemeinschaft gelten, sondern hoffen, daß auch die Prinzipale ihre Pflichten zu erfüllen wissen. Es liegt einzig an ihnen, das Tarifgebäude stürzen zu sehen oder es in gemeinsamer Arbeit mit den Gehilfen weiterhin auszubauen, zum Wohle des ganzen Berufes.

Zum dritten Punkte der Tagesordnung: Erhöhung des Kartellbeitrages, führte der Vorsitzende an, daß schon vor einem Jahre die Einnahmen des Kartells nicht ausreichten, um die Ausgaben decken zu können. Deshalb sah sich das Kartell gezwungen, die Stelle des zweiten Sekretärs aufzuheben. Vorhergegangene Verhandlung mit der Generalkommission der Gewerkschaften zwecks Zuschusses für den Posten des zweiten Sekretärs hatten sich zerschlagen. Nun hielt es die Generalkommission für angebracht, hinter dem Rücken und gegen den Willen der Braunschweiger Arbeiterschaft eigenmächtig ein Sekretariat zu gründen, dessen Einrichtung tausende von Mark kostete. Ein drastisches Beispiel, wie mit den Arbeitergrochen umgegangen wird! Um nun die wirklich notwendige Stelle des zweiten Sekretärs, der aufrichtig unsere Interessen wahrnehmen wird, auch aus eigenen Mitteln besetzen zu können, schlägt das Kartell den Mitgliedern vor, den Kartellbeitrag von 24 auf 50 Pfennige pro Kopf und Vierteljahr zu erhöhen. In der Diskussion wurde von allen Versammelten über das Verhalten der Generalkommission bereitete Entrüstung laut und darauf einstimmig der Erhöhung des Kartellbeitrages zugestimmt. Ein den Braunschweiger Gewerkschaften von der Generalkommission zugegangener Vermittlungsvorschlag konnte nicht angenommen werden, da er keine Konzession an die hintergegangenen Braunschweiger Gewerkschaften bedeutet, sondern nur eine Demütigung derselben. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde die zahlreiche besuchte Versammlung geschlossen. . . . gk.

Stuttgart, (Chemigraphen). Unsere sehr gut besuchte Versammlung vom 28. Mai ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken eines verstorbenen Kollegen; ferner bemerkte der Vorsitzende, daß wir seit der letzten Versammlung

erfreulicherweise keine Verluste an feldgrauen Kollegen zu verzeichnen haben. Die neueingetretenen Lehrlinge sind fast restlos der Lehrlingsabteilung zugeführt worden, auch sind die Zusammenkünfte immer vollzählig besucht. Nachdem der Kassenbericht erledigt war, gab der Kreisvertreter ausführlichen Bericht über das abgelaufene Jahr. Die sich anschließende lebhafteste Diskussion

ging allgemein dahin, daß eine Revision des Tarifs sehr notwendig wäre, aber man einigte sich schließlich, daß dem Vorschlag der Zentralkommission zugestimmt wurde: den Tarif ein Jahr zu verlängern, wenn der Tariffaustausch verschiedene dringende Fragen, wie Lohn, Lehrlingswesen usw. neu regelt. Der aus der Mitte der Versammlung gestellte Antrag: Die Teuerungszulage ab 15. Juni

d. J. der fortgesetzten Teuerung der Lebensbedürfnisse entsprechend zu erhöhen, fand einstimmig Annahme. Nachdem sich die Versammlung mit der Politik der Generalkommission der Gewerkschaften nach reger Aussprache einverstanden erklärte und unter „Verschiedenes“ interne Angelegenheiten erledigt wurden, fand die Versammlung ihr Ende.

Totenliste.

1918.

† Am 9. März in Offenbach a. Main **August Bierau**, Hilfsarbeiter aus Biedenkopf, 80 Jahre alt, an Altersschwäche, Invalide seit 2. April 1911. — Eingetreten in Offenbach a. Main am 1. Januar 1893.

† Am 9. März in Coblenz **Joseph Hümmerich**, Steindruckerlehrling aus Hillscheid, 17 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 1 Jahr, 3 Monate, 3 Tage. — Eingetreten in Coblenz am 17. Januar 1915.

† Am 17. März in München **Karl Kiltz**, Steindrucker aus Leipzig-Reudnitz, 50 Jahre alt, an Bronchitis, Herzaffektion und Asthmaleiden, krank 31 Wochen. — Eingetreten in München am 4. August 1891.

† Am 2. April in München **Wilhelm Zöll**, Repr.-Photograph aus Schrobhausen, 33 Jahre alt. Er hat sich 1909 beim Hamburger Turnfest beim Stabhochsprung infolge Sturzes das Rückgrat gebrochen und lag seitdem krank darnieder. — Eingetreten in Köln a. Rh. am 22. Juni 1902.

† Am 4. April in Dresden **Ernst Zieger**, Steindrucker aus Dresden, 40 Jahre alt, an Kehlkopfschwindsucht krank 13 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 16. Dezember 1917.

† Am 4. April in Breslau **Gustav Meyer**, Lithograph aus Groß-Nädlitz bei Breslau, 68 Jahre alt, an Bauchfellentzündung und Herzschwäche, krank 3 Tage. — Eingetreten in Breslau am 20. August 1905.

† Am 6. April in Chemnitz **Max Löbel**, Steindrucker aus Chemnitz, 54 Jahre alt, an Lungenentzündung, krank 3 Tage. — Eingetreten in Chemnitz am 15. April 1906.

† Am 7. April in Chemnitz **Robert Reiche**, Steindrucker aus Schwarzenberg i. S., 60 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Chemnitz am 1. Januar 1893.

† Am 10. April in Berlin **Reinhold Langendorf**, Chemigraph aus Deutzen b. Regis, 31 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 18 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Leipzig am 11. Juli 1915.

† Am 13. April in Dresden **Richard Pöschel**, Retuscheur aus Dresden, 20 Jahre alt, an Luftröhrenkatarrh, Blutarmut und Brustfellentzündung, krank 49 Wochen. — Eingetreten in Dresden am 9. April 1916 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit Juli 1912).

† Am 15. April in München **Joseph Gollwitzer**, Steindrucker aus München, 74 Jahre alt, an Arterienverkalkung und Entkräftung, Invalide seit 30. August 1914. — Eingetreten in München am 9. März 1889.

† Am 18. April in Nürnberg **Ernst Schaub**, Chemigraph aus Berlin, 25 Jahre alt, durch Selbstmord (Erschießen). — Eingetreten in Nürnberg am 4. November 1917.

† Am 21. April in Kirchhain **Paul Morach**, Lithograph aus Breslau, 29 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 6 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Breslau am 3. November 1907.

† Am 28. April in Dresden **Theodor Fritzsche**, Steindrucker aus Stuttgart, 33 Jahre alt, an Ischias und Lungentuberkulose, krank 9 Wochen 3 Tage. — Eingetreten in Dresden am 11. Oktober 1908.

† Am 6. Mai in Berlin **Franz Sonnemann**, Lithograph aus Danzig, 43 Jahre alt, an Lungenschwindsucht, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 2. Juli 1905.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien, (Rufvornamen, Geburtstag und -Jahr) mitteilen. Der Hauptvorstand.

Stellenangebote

Steindruck-Maschinenmeister

für feineren Chromdruck in dauernde Stellung gesucht. Gefl. Offerten mit Zeugnisabschriften u. Lohnforderung an Kunstanstalten **Josef Müller, München, Linprunstr. 90.**

Ich suche in dauernde Stellung einen wirklich tüchtigen

Farbätzer

für große künstlerische Gemälde-Reproduktionen und einen erstklassigen

Reproduktions-Photographen

zum baldigen Eintritt. Gefl. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung an

Kunstanstalten **J. Müller, München, Linprunstr. 90.**

Offsetdrucker

sofort gesucht. **Georg Westermann, Braunschweig.**

Reproduktions-Photograph für Farbig und Schwarz, sowie tüchtiger Farbätzer

und Auto- und Strichätzer werden zum sofortigem Eintritt in dauernde Stelle gesucht.

Gebrüder Diefried, Leipzig, Josephinenstr. 9.

Ein Strichätzer, der auch Auto ätzen kann, und mehrere Farbätzer

sofort gesucht. **Graphische Kunstanstalt Walter Grützmaier, Berlin SW. 61, Blücherstr. 22.**

Wir suchen tüchtigen Autotypie-Photographen

und erbitten Angebot mit Gehaltsansprüchen und Angabe der Militärverhältnisse an **Brend'amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.**

Metal-Retuscheur

tüchtig in Zinkographie und Autotypie zum sofortigen Eintritt gesucht. **Brend'amour, Simhart & Co., München, Nymphenburgerstr. 20**

Verschiedenes

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**

Roulett, Fadenstichel Fräser u.s.w.

in bester Ausführung fert. an **Carl Neumann, vormals G. Köntz Berlin SO. Nauynstraße 69**

Schnuhr's flüssiges Steingummi

bietet vollen Ersatz für echtes Gummi-arabicum, nicht als Klebstoff, sondern zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten, Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi.

Dieser auf wissenschaftlicher Grundlage hergestellte Gummiersatz konserviert die Steine, selbst wenn sie längere Zeit in feuchten Steinkellern lagern und macht das wiederholte Ätzen der Originalsteine überflüssig. Das Steingummi wird in vielen Druckereien, auch bei Staats- und Militärbehörden verwendet, überall gut beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen.

Preis pro Kilo Mk. 7,50 **H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.** Fabrikation chemisch-technischer Druckpräparate.

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfleckigen Steinen. Übertrefft in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.

Kg. Mk. 9,50 gegen Nachnahme. Nachbestellungen liefern ein: L. & Co. Hannover 50 Kg.; W. & N. Leipzig 5 Kg.; G. W. Cassel 5 Kg.; G. & D. Leipzig 5 Kg.; G. L. Fürth 5 Kg.; A. F. Breslau 5 Kg.; K. & S. Niedersiedlitz 5 Kg.; W. & S. Stuttgart 3 Kg.; F. A. Berlin 2 Kg.; S. & N. Dresden 2 Kg. u. s. w.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Schnuhr's „Troverm“

den Farben zugesetzt, verhindert das zu schnelle Trocknen derselben auf den Walzen und dadurch Spitzwerden der Umdrucke infolge Anwendung des zu schnell trocknenden Ersatz-Firnisses. Das Präparat ist praktisch ausprobiert, wirkt gut, läßt die Farben gleichmäßig einschlagen und verdrückt sich geschmeidig wie mit Leinöl gemachte Farben. **Troverm ist zart weiß! Zeugnisse zu Diensten.**

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49. Fabrik chemisch-technischer Druckpräparate.

Auto- u. Strichätzer

sofort gesucht. **Meisenbach, Riffarth & Co., Leipzig, Täubchenweg 23.**

Tüchtiger Andruker

für Farben- u. Schwarz-Autotypie, desgl. perfekte **Farben- und Schwarz-Ätzer** gesucht. **Eberhard Schreiber, Leipzig, Täubchenweg 26.**